



**BERNHARD**   
**SEIDENATH**  
Für das Dachauer Land  
im Landtag

## Newsletter

Montag, 23. Mai 2011

**Newsletter von Bernhard Seidenath aus dem Landtag**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

mit beiliegendem Text möchte ich Sie/Euch über die Schwerpunkte der Arbeit der CSU-Landtagsfraktion im vergangenen Monat April informieren.

Das Hauptthema der Plenarberatungen im April war – wie bereits im letzten Newsletter berichtet – die Verabschiedung des Doppelhaushalts 2011 und 2012. Die Zeit ist seither allerdings nicht stehen geblieben. Eine neue Entwicklung gab es in der Zwischenzeit durch die turnusmäßige **Mai-Steuerschätzung**, die für Deutschland und insbesondere für Bayern erfreuliche Zahlen bereitgehalten hat. Das erwartete Wachstum des realen Brutto-Inlands-Produkts (BIP) haben die Experten dabei um 0,8 Prozentpunkte auf + 2,6 Prozent für das Jahr 2011 nach oben korrigiert. In der November-Steuerschätzung waren die Experten noch von einem realen Wachstum von + 1,8 Prozent für das Jahr 2011 ausgegangen. Für 2012 wird nach der aktuellen Steuerschätzung nun mit einem Wachstum des BIP von + 1,8 Prozent und für 2013 von + 1,6 Prozent gerechnet.

Für Bayern bedeutet dies, dass Finanzminister Georg Fahrenschon – nach Länderfinanzausgleich – gegenüber den Ansätzen im Haushalt 2011 mit einem Plus von 670 Millionen Euro rechnen darf. Im Gegenzug zeichnen sich im Haushaltsvollzug, wie das Finanzministerium berichtet, derzeit Verschlechterungen in der Größenordnung von 260 Millionen Euro ab, was insbesondere einem höheren Kommunalanteil am Grunderwerbsteuerverbund und am Familienlastenausgleich sowie Risiken bei den Verwaltungseinnahmen geschuldet ist. Georg Fahrenschon hat angekündigt, die verbleibende Haushaltsverbesserung dafür einzusetzen, die im Doppelhaushalt für das Jahr 2011 geplante Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 725 Millionen Euro entsprechend zu reduzieren.

Für das Jahr 2012 ergibt das regionalisierte Ergebnis nach Länderfinanzausgleich und nach Abzug des Kommunalen Finanzausgleichs für Bayern gegenüber dem Doppelhaushalt eine Verbesserung von knapp einer Milliarde Euro. Diese Verbesserung will der Finanzminister in erster Linie verwenden, um die im Haushalt 2012 eingeplanten Einmaleffekte zu ersetzen und somit auf die bislang geplante Abführung aus dem Grundstockvermögen in Höhe von 582 Millionen Euro sowie auf die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 237 Millionen Euro zu verzichten. Gleiches gilt für die Finanzplanung der Jahre 2013 und folgende.

Insgesamt ist es nach der aktuellen Steuerschätzung nun möglich, dass der Freistaat seinen Haushalt vollständig aus den laufenden Einnahmen finanziert und auf Einmaleffekte weitgehend verzichtet. Georg Fahrenschon hat in seinem Bericht über die Mai-Steuerschätzung aber auch deutlich gemacht, dass er keinen Spielraum sieht, die im Doppelhaushalt 2011/12 getroffenen Sparmaßnahmen rückgängig zu machen. Erst recht könne er einem Wunsch nach neuen Ausgaben nicht nachkommen.

Gerade diesen letzten Satz seines Berichts vor der CSU-Landtagsfraktion umzusetzen, wird Georg Fahrenschon meiner Einschätzung nach nicht gelingen. Er selbst hat nämlich beispielsweise bei der Delegiertenversammlung des Beamtenbunds am 8. April in Nürnberg angekündigt, über eine Besoldungserhöhung für die bayerischen Beamten verhandeln zu wollen, die ab Januar 2012 wirksam werden könnte. Zum zweiten wird es dringend erforderlich, auch den Pensionsfonds wieder zu bedienen, der den Freistaat ab 2018 dabei unterstützen soll, die Pensionen der Beamten im Ruhestand zu zahlen. Die Zahlungen an den Pensionsfonds sowie die entsprechenden Rückstellungen wurden nämlich im Jahr 2010 reduziert und in diesem Jahr ganz ausgesetzt. Das Gebot der Nachhaltigkeit und die Generationengerechtigkeit erfordern es, den Fonds möglichst rasch wieder aufzustocken. Nur so wird sich der Freistaat dauerhaft Finanzspielräume erhalten. Auch die Abfinanzierungsraten für neu gebaute Privatschulgebäude müssen dringlich erhöht werden. Die Summe, die der Staat im Jahr 2011 an die jeweiligen Schulträger überweist, deckt nämlich gerade einmal die Zinszahlungen ab und lässt für Tilgungen praktisch keinen Spielraum. Im Landkreis Dachau betrifft dies die Montessori-Schule Dachau sowie die Fachoberschule in Karlsfeld. Ich habe mich diesbezüglich in einem Brandbrief an Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle und Finanzminister Georg Fahrenschon gewandt. Schließlich wird auch der Umstieg der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien für den Freistaat Kosten verursachen. Auch hier wird der Finanzminister um einen Finanzierungsbeitrag nicht herumkommen.

Womit wir schon beim aktuellen Hauptthema wären: der **Energiepolitik**. Die Projektgruppe „Energieversorgung“ der CSU-Landtagsfraktion, der auch ich angehört habe, hat in den letzten Wochen – als erste und bislang einzige Fraktion im Landtag – **„Energiepolitische Leitlinien der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag“** erarbeitet. Unter der Überschrift „Unser beschleunigter Weg zum Energieumstieg: e-Bavaria macht Bayerns Zukunft energieeffizient, erneuerbar und elektromobil“ werden dort viele gute, ambitionierte, aber doch realistische Vorschläge gemacht. Ich habe Ihnen/Euch dieses Papier, das maßgeblich von Markus Blume, dem Vorsitzenden der „Jungen Gruppe“, und Tobias Reiß, dem energiepolitischen Sprecher der Fraktion, erarbeitet wurde, in seinem Wortlaut beigelegt. Die Erarbeitung dieses Papiers ist mit durchaus intensiven Diskussionen einhergegangen. Strittig war insbesondere die Frage, ob ein konkreter Zeitpunkt genannt werden kann, wann in Bayern das letzte Atomkraftwerk – Isar II bei Landshut – vom Netz gehen wird. Die Projektgruppe wollte hierfür eigentlich einen Korridor der Jahre 2018 bis 2025 vorsehen und das genaue Enddatum davon abhängig machen, wie der Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern tatsächlich voranschreitet. Die Landtagsfraktion hat sich letztlich auf das Datum 2022 geeinigt, da politischer Gestaltungswille auch ein konkretisiertes Ziel braucht und sich bis dahin alle Akteure hierauf einstellen können sollten.

Der Verabschiedung dieses Papiers sind sehr viele Gespräche mit Experten vorausgegangen, etwa mit Prof. Wolfgang Arlt, dem Leiter des Energie-Campus Nürnberg, oder auch mit Frau Gallin-Ast, die in unserem Landkreis an der Energie-Pflanze Miscanthus forscht. Ihr gleichnamiges Zentrum in Erdweg-Unterweikertshofen habe ich vor einigen Wochen mit Tobias Reiß, dem Vorsitzenden der Projektgruppe, einmal besucht.

Im Gespräch mit Prof. Arlt war faszinierend zu hören, dass der Energiecampus Nürnberg derzeit versucht, energietragende Stoffe zu entwickeln. Diese quasi nachwachsenden Speicherflüssigkeiten wie bspw. LOHC oder N-Ethyl-Carbazol können in Zukunft die fossilen, endlichen Energiespeicher Öl, Gas und Kohle ablösen: eine spannende Idee.

Alles in allem halte ich das Papier für überaus lesenswert. Unumstößliche Pflöcke sind dabei für uns, dass wir unsere Klimaschutzziele erreichen wollen und müssen, so dass regenerative Energie nicht nur die atomare, sondern auch die fossile Stromgewinnung ersetzen muss.

Wir wollen keinesfalls Abhängigkeiten von ausländischen Energieimporten. Insbesondere darf es nicht dazu kommen, dass wir gezwungen sind, Atomstrom aus Frankreich oder Tschechien zu importieren. Hierfür hätten die Bürgerinnen und Bürger kein Verständnis. Weitere Ziele bleiben die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit. Zudem muss Bayern weiterhin den Anspruch haben, allen bei uns benötigten Strom auch in unserem Land selbst zu produzieren.

Die energiepolitischen Leitlinien fassen es wie folgt zusammen: „Wir wollen gleichberechtigt folgende Ziele verfolgen: Umstieg von nuklearen und fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien, Versorgungssicherheit, Klimaschutz, Bezahlbarkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplatzsicherheit und Unabhängigkeit von Energieimporten. Dies gilt für den Strombereich ebenso wie für die eingesetzte Primärenergie in den Bereichen Mobilität, Gebäude und Industrie. Hocheffiziente Gas-Blockheizkraftwerke können in Ergänzung der Erneuerbaren dezentral einen wichtigen Beitrag zur Strom- und Wärmeproduktion leisten und bieten zudem die Perspektive, erneuerbar erzeugtes Biomethan künftig als Energieträger zu verwenden.“

All dies zu realisieren, bedarf einer enormen Kraftanstrengung und einer intensiven Zusammenarbeit aller Akteure. Es zu schaffen, ist fürwahr ambitioniert, aber nicht unmöglich. Das Thema „Energie“ wird uns deshalb auch in den kommenden Monaten und Jahren intensiv beschäftigen.

Das beiliegende „Schwerpunkte“-Papier berichtet auf seiner Seite 6 unten darüber hinaus von dem **Antrag, die Gedanken des Landesprogramms für die gute, gesunde Schule in Bayern in den Schulen noch besser zu verankern**. Dieser Antrag, den ich Ihnen/Euch im Wortlaut beigelegt habe, geht auf einen Besuch von Kreisbäuerin Rosmarie Böswirth, ihrer Stellvertreterin Emmi Westermeier und mir im Bayerischen Kultusministerium zurück. Unser Ziel war es dabei, dass die Schulen den Schülerinnen und Schülern noch ausgeprägter als bisher „Lebenskompetenzen“ vermitteln. Der Antrag zeigt einen Weg auf, wie dies gelingen kann.

Am Ende gab es innerhalb der Fraktion noch eine **personelle Veränderung**. Siegfried Schneider hat, wie angekündigt, sein Abgeordneten-Mandat niedergelegt. Monika Hohlmeier, die nach dem Wahlergebnis vom Herbst 2008 erste Nachrückerin auf der Oberbayern-Liste gewesen wäre, hat hierauf verzichtet – sie betreut inzwischen ja als Mitglied des Europäischen Parlaments den Wahlkreis Oberfranken. Statt ihrer rückt nun unser Finanzminister **Georg Fahrenscho**n nach und ist **seit dem 17. Mai Mitglied des Bayerischen Landtags**. Siegfried Schneider hat zudem – als oberbayerischer CSU-Bezirksvorsitzender folgerichtig – als Sprecher der oberbayerischen Landtags-Abgeordneten gewirkt. Auch diese Stelle war nach Siegfried Schneiders Ausscheiden aus dem Landtag vakant – und auch in diese Fußstapfen tritt Georg Fahrenscho. Die oberbayerischen Abgeordneten haben ihn ebenfalls am 17. Mai zu ihrem neuen Sprecher bestimmt. Nur der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass die kommissarisch amtierende und designierte oberbayerische CSU-Bezirksvorsitzende dieses Sprecheramt gar nicht hätte übernehmen können: Ilse Aigner ist ja Mitglied des Deutschen Bundestages.

So weit meine aktuellen Betrachtungen und die wichtigsten aktuellen Themen aus dem Landtag. Ihnen/Euch allen wünsche ich nun eine gedeihliche Lektüre und verbleibe mit allen guten Wünschen und mit herzlichen Grüßen

Ihr/Euer



Bernhard Seidenath

## Doppelhaushalt 2011/2012 – Haushalt des Aufbruchs verabschiedet

Nach intensiven Beratungen im Haushaltsausschuss **verabschiedete der Bayerische Landtag** in der letzten Sitzungswoche vor Ostern den **Doppelhaushalt für die Jahre 2011 und 2012**.

Mit diesem **Haushalt des Aufbruchs** schaffen wir die **Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung Bayerns** und setzen unseren Weg einer **generationengerechten Haushaltspolitik** konsequent fort.

Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen haben wir als **CSU-Fraktion** noch **einige wichtige Akzente** setzen können:

So **investieren wir kräftig in die bayerischen Staatsstraßen**. Die Mittel für Unterhalt, Reparatur, aber auch für den Neubau von Straßen haben wir **um 41,7 Millionen Euro** auf 190 Millionen Euro **aufgestockt**. In diesem Jahr stellen wir **zusätzlich 25 Millionen Euro** für die **Beseitigung der Frostschäden** des vergangenen Winters zur Verfügung. **Zu diesen insgesamt 215 Millionen Euro** kommen **noch Planungsmittel und Mittel für die Finanzierung sogenannter PPP-Modelle** (Private Public Partnership-Modelle).

Damit **stärken** wir gerade auch den **ländlichen Raum**, der besonders auf gute Straßenverbindungen angewiesen ist.

Einen **weiteren Schwerpunkt** legte die CSU-Fraktion auf die **Behindertenpolitik**.

Insgesamt **erhöhen** wir die Haushaltsansätze hier **um neun Millionen Euro** gegenüber dem Entwurf der Staatsregierung.

Allein **zwei Millionen Euro zusätzlich** stellen wir im nächsten Jahr für die **zunehmende Zahl älterer Menschen mit Behinderung** zur Verfügung, um deren angemessene Unterbringung zu fördern. Aber auch die im Landesbehindertenplan zur **Investitionskostenförderung** vorgesehenen Mittel wurden auf unsere Initiative hin **deutlich aufgestockt**. Gegenüber dem Regierungsentwurf haben wir für die Jahre 2011 und 2012 eine **Erhöhung um jeweils dreieinhalb Millionen Euro** erreicht.

Wir haben im Rahmen der Haushaltsberatungen außerdem dafür gesorgt, dass im Bereich der **Jugendarbeit** die **ursprünglich vorgesehene Kürzung um 750.000 Euro** in diesem Jahr vollständig **zurückgenommen wird**.

Das **Niveau des Vorjahres** von gut 22 Millionen Euro **konnte so gehalten werden**. Die Rücknahme von **200.000 Euro** Kürzung bedarf aber der **vorherigen Zustimmung des Haushaltsausschusses** des Bayerischen Landtags. Damit soll die vom Obersten Rechnungshof angemahnte **sparsame Haushaltsführung beim Bayerischen Jugendring sichergestellt** werden.

Mit der **Anhebung des Schulgeldersatzes** um 5,00 Euro rückwirkend zum 1. Januar 2011 **auf nunmehr 80,00 Euro und** um weitere 7,50 Euro zum **Schuljahresbeginn 2012/2013 auf dann 87,50 Euro je Schüler und Monat** kommen wir unserem Ziel, einer Erhöhung auf 100,00 Euro monatlich, bedeutend näher.

Außerdem haben wir beim Schulfinanzierungsgesetz **zu Gunsten der Privatschulen deutlich nachgebessert**. So haben wir den **Pauschalbetrag für den Schulaufwand erhöht** und den **Übergangszeitraum von fünf auf acht Jahre verlängert**.

Mit **zusätzlichen Mitteln von einer Million Euro im Jahr 2011** unterstützen wir den wichtigen Bereich der **Denkmalpflege**.

Der **Erwerbsetat der Bayerischen Staatsbibliothek** wurde auf unsere Initiative hin **um eine halbe Million Euro aufgestockt**. Zudem haben wir

uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die **Mittel für Kirchensanierungsmaßnahmen um 2,1 auf nunmehr acht Millionen Euro** in diesem Jahr erhöht werden. Damit können weitere bedeutsame Kirchen saniert und **wertvolle Kulturgüter erhalten** werden.

Die **Bildungsinfrastruktureinrichtungen im Bereich des Handwerks** fördern wir 2011 mit **zusätzlichen drei Millionen Euro**.

Außerdem haben wir die seit langem erhobene Forderung, die **Leistungen nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz für den Ausbildungsverkehr zu verbessern**, mit Erhöhungen von **je jeweils zweieinhalb Millionen Euro** in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 erfüllt.

Im Bereich des **Öffentlichen Dienstes** haben wir uns dafür entschieden, die **Jubiläumswendung** in der bisherigen Form **unverändert fortzuführen**. Auch die **Wegstreckenentschädigung** werden wir in der **bisherigen Höhe von 0,35 Euro pro Kilometer beibehalten**. Wir haben auch durchgesetzt, dass Beamtinnen und Beamte von der **Absenkung der Eingangsbeholdung maximal 18 Monate** und nicht wie ursprünglich vorgesehen 24 Monate **betroffen sind**.

### Neue Projektgruppe „Energiepolitik“ eingesetzt

Nach den schrecklichen Ereignissen in Japan wollen wir den **Umstieg auf er-**

**neuerbare Energien noch schneller vorantreiben**.

Dazu wird die CSU-Fraktion in den kommenden Wochen ihre **energiepolitischen Positionen** vor dem Hintergrund der Vorfälle in japanischen Kernkraftwerken **neu formulieren**, um ihre Vorstellungen in die Beratungen der Energiekonzepte der Bayerischen Staatsregierung und der CSU **einzu-bringen**.

Die Energieversorgung ist für das Leben und Wirtschaften der Menschen in Bayern **von zentraler Bedeutung** – von ihr hängen Lebensqualität, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze ab.

Eine **sichere Versorgung**, eine **umwelt- und klimaschonende Erzeugung** sowie **sozialverträgliche und wettbewerbsfähige Preise** sind und bleiben deshalb dabei die Ziele unserer Energiepolitik.

Der **beschleunigte Umbau** der Energieversorgung ist daher eine **große Herausforderung für Politik und Gesellschaft**. Deshalb hat die CSU-Fraktion für dieses Politikfeld eigens eine **Projektgruppe „Energiepolitik“ eingesetzt**.

## Förderung nachhaltiger Wasserkrafttechnologien in Bayern

Um den **Anteil der regenerativen Energiequellen** an der Stromerzeugung **weiter zu erhöhen**, müssen auch **bei der Wasserkraftnutzung weitere Anstrengungen** unternommen werden.

Auf der Grundlage **neuer technologischer Entwicklungen** kann die Wasserkraft die gewässerökologischen Vorgaben umsetzen und zudem noch vorhandene Potentiale heben.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass die **Weiterentwicklung und Optimierung der neuen Wasserkraftkonzepte in Bayern durch Pilotprojekte unterstützt und gefördert** werden.

Deshalb haben wir die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, **zu prüfen**, in welcher Form neue Wasserkrafttechnologien in Bayern als **Pilot-**

**projekt gefördert werden können**. Hierüber soll dem Landtag **zeitnah berichtet** werden.

Außerdem haben wir mit unserer Initiative **noch einmal deutlich gemacht**, dass die Wasserkraft ein **wesentlicher Bestandteil bei der klimaverträglichen, regenerativen Energiegewinnung** und ein **unverzichtbarer Baustein im bayerischen Energiemix** ist. Auch war uns die Feststellung wichtig, dass mithilfe der **neuen Technologien** den Anforderungen der EU-Wasser-rahmenrichtlinie, insbesondere an die Durchgängigkeit der Gewässer, Rechnung getragen kann und so die **Belange der gesicherten Energieversorgung, des Klimaschutzes und der Gewässerökologie in Einklang gebracht werden können**.

### Verstärkte Nutzung der Wasserkraft: Vorhandene Querbauten nutzen

An bayerischen Fließgewässern gibt es **einige Tausend Querbauten**, von denen ein Teil **aus kulturhistorischen Gründen nicht beseitigt** werden kann, auch wenn nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie die Durchlässigkeit der Fließgewässer erklärtes Ziel einer naturnahen Fließgewässergestaltung ist.

In diesen Fällen sollte im Einzelfall die **Möglichkeit der Wasserkraftnutzung geprüft** werden. Als **Ausgleich** hierfür

könnten **technische Fischtreppe**n und **dergleichen** die bisherige **Gewässersituation deutlich verbessern**.

Wir haben die Staatsregierung daher in einem **weiteren Antrag** aufgefordert **darzustellen**, in welchem Rahmen die in § 35 Abs. 3 Wasserhaushaltsgesetz vorgesehene **Überprüfung von Querbauten auf ihre Eignung zur Wasserkraftnutzung** umgesetzt werden soll.

### Strompreisentwicklung

**Sozialverträgliche und wettbewerbsfähige Strompreise** sind und bleiben ein Ziel unserer Energiepolitik.

Deshalb haben wir die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, im Wirtschaftsausschuss **über die aktuelle und bis zum Jahr 2020 zu erwartenden**

**de Strompreisentwicklung zu berichten**.

Dabei soll auch auf **staatliche Einflussmöglichkeiten** auf die Strompreisentwicklung eingegangen werden.

### Selbständigkeit der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung in Bayern erhalten

Der **Deutsche Bauernverband** hatte sich im Oktober vergangenen Jahres dafür ausgesprochen, einen **Bundesträger in der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung** zu schaffen.

Die bisherigen **Erfahrungen bestätigen jedoch nicht**, dass sich eine **höhere Effizienz** des landwirtschaftlichen Sicherungssystems **durch Zentralisierung** erreichen ließe.

Für uns ist eine **föderale Organisationsstruktur von großer Bedeutung** für die soziale Sicherung der bäuerlichen Bevölkerung gerade in Bayern, wo 1/3 der Versicherten beheimatet ist.

Deshalb haben wir die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, sich für den **Erhalt der selbständigen Träger**

in der **Landwirtschaftlichen Sozialversicherung** und den **Fortbestand der Zuständigkeit des Landes** für

die **Aufsicht über diese Träger und deren Prüfung** einzusetzen.

### Musik- und Kulturpflege in staatlichen Liegenschaften

Der **Freistaat** und die **Kommunen** stehen gleichermaßen in der **Verantwortung für die Pflege der Kultur**. Eine generationengerechte Haushaltspolitik ohne neue Schulden erfordert allerdings eine Fokussierung auf die wichtigsten staatlichen Aufgaben.

Vor diesem Hintergrund hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung aufgefordert **darzustellen, wie bei der Vermietung von staatlichen Liegenschaften** für Konzerte und andere kulturelle Veranstaltungen der **Musik- und Kulturpflege Rechnung getragen** wird. Dabei soll **exemplarisch** für

die Pinakotheken, das Prinzregententheater und die Veranstaltungsräume der Bayerischen Schlösserverwaltung in der Residenz München, in Schloss Nymphenburg und im Schloss Schleißheim **berichtet werden**, wie sich im Jahre 2010 die für kulturelle Veranstaltungen **erhobenen Mietkosten zzgl. Nebenkosten dargestellt** haben.

Es soll **auch** darauf eingegangen werden, **ob und inwieweit für kulturelle Veranstaltungen niedrigere Mietsätze** erhoben wurden als für sonstige Veranstaltungen und ob ggf. an einer solchen Praxis festgehalten werden soll.

### 5.500 Studienanfänger zusätzlich an Bayerischen Hochschulen – Studienplatzangebot erweitern

Nachdem die **Wehrpflicht** und damit auch der Zivildienst **zum 1. Juli 2011 ausgesetzt** werden, ist nach ersten Schätzungen mit 5.500 zusätzlichen Studienanfängerinnen und Studienanfängern an Bayerischen Hochschulen zu rechnen.

Wir haben deshalb die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, **umgehend**, längstens aber bis zum Ablauf des zweiten Quartals 2011, eine **Schätzung über die in Bayern zusätzlich notwendigen Studienplätze**

**vorzulegen** und mögliche **Maßnahmen zu prüfen**, um das **Studienplatzangebot** entsprechend **zu erweitern**.

Außerdem soll sie **bei der Bundesregierung darauf hinwirken**, dass durch die **Öffnung der Universität der Bundeswehr München** für zivile Studierende zur Bewältigung der Herausforderung beigetragen wird.

Wir **begrüßen ausdrücklich** die grundsätzliche **Bereitschaft der Bundesregierung**, über eine Ergänzung des Hochschulpakts notwendige zusätzliche Studienplätze **hälftig mitzufi-**



**nanzieren.** In diesem Zusammenhang haben wir auch deutlich gemacht, dass **Bayern bereit** ist, die erforderliche **Ko-finanzierung zu leisten.** Hierbei soll

auch die **Schaffung etwa erforderlicher Raumkapazitäten** unter Einbeziehung der Mitfinanzierung des Bundes **geprüft** werden.

### Umsetzung der Fischseuchenverordnung in Bayern

Das bayerische Umweltministerium hat am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit die **Leitstelle „Fischseuchenbekämpfung“** geschaffen und finanziert das auf ein Jahr befristete **Projekt „Ersterfassung von Aquakulturbetrieben“.** Mit diesem Projekt werden die für eine umfassende Analyse der Bayerischen Teich- und Fischwirtschaft und zur Erfüllung der Berichtspflichten der EU erforderlichen Daten erhoben.

Wir haben daher die Staatsregierung in einem **weiteren Antrag** aufgefordert, über die **Umsetzung der Fischseu-**

**chenverordnung,** insbesondere über das Projekt „Ersterfassung von Aquakulturbetrieben“ und den **Stand der Durchführung der Genehmigungsverfahren,** im Herbst 2011 **zu berichten.**

Darüber hinaus haben wir die Staatsregierung aufgefordert, bei der Umsetzung die **Besonderheiten der kleinstrukturierten bayerischen Familienbetriebe zu berücksichtigen** und den **bürokratischen und finanziellen Aufwand** sowohl für die Betriebe als auch für die Verwaltung **möglichst gering zu halten.**

### Weitere Maßnahmen und Initiativen

**Gedanken des „Landesprogramms für die gute gesunde Schule für Bayern“ in den Schulen noch besser verankern**

Wir haben die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, **zu prüfen** und im ersten Halbjahr 2011 dem Landtag einen Bericht darüber zu geben, ob die regelmäßig durchgeführte externe Evaluation der Schulen in Bayern künftig neben fachbezogener Wissensvermittlung **auch Fragen zur Vermittlung von Lebenskompetenzen,**

**zur Gesundheitsförderung und zur Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler aufgreifen** kann, um die Gedanken des „Landesprogramms für die gute gesunde Schule Bayern“ in den Schulen noch besser zu verankern.

**Studie über Bedarf und Einsatz zu Anforderungen am Arbeitsmarkt und Konsequenzen für die Berufsbildung in der Hauswirtschaft**

Die CSU-Fraktion hat die Staatsregierung **in einem weiteren Antrag** aufgefordert, eine **Studie über Bedarf und Einsatz von Absolventinnen** hauswirtschaftlicher Aus-, Fort- und Weiterbildung zu veranlassen. Insbesondere soll dabei auf die Anforderungen am Arbeitsmarkt und die notwendigen Konsequenzen für die Berufsbildung in der Hauswirtschaft eingegangen werden.

### **Gründung von Seniorenwohngemeinschaften und neuen Wohn- und Pflegeformen**

In einem Bericht soll die Staatsregierung **darstellen**, wie sich seit Einführung des Wohn- und Pflegequalitätsgesetzes die **Gründung von Seniorenwohngemeinschaften und neuen Wohn- und Pflegeformen** entwickelt hat. In diesen Zusammenhang soll auch dargelegt werden, welche **Maßnahmen und Instrumente** diese Gründungen besser begleiten und unterstützen können.

### **Sicherstellung der erfolgreichen Strukturen der Integrationsfachdienste (IFD)**

Mit der **Neufassung der VOL/A** ist eine **freihändige Vergabe** von Vermittlungsaufträgen an die IFD mangels Rechtsgrundlage **nicht mehr möglich**. Somit besteht die **Gefahr**, dass sich die Vergabe der Vermittlungsleistung **in erster Linie am Preisangebot** orientiert. Eine öffentliche Ausschreibung kann außerdem dazu führen, dass **Vermittlung und Begleitung** der Be-

troffenen **in unterschiedlichen Händen liegen**. Bislang galt es als **Erfolgsmerkmal der IFD**, dass Arbeitgeber **ein Ansprechpartner für beide Leistungen** zur Verfügung steht.

In einem **Antrag** haben wir deshalb die Staatsregierung aufgefordert, schriftlich **über ihre konzeptionellen Überlegungen zu berichten**, wie die **erfolgreichen Strukturen der IFD** auch nach der zum 1. Juni 2010 in Kraft getretenen Neufassung der VOL/A **gesichert werden können**.

### **Förderung von Existenzgründerinnen**

Die CSU-Fraktion hat die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, **schriftlich zu berichten**, wie viele KfW-Kredite für **von Frauen initiierte Gründungen** beantragt und genehmigt wurden, wie viele Frauen in den letzten drei Jahren staatlich geförderte Gründungsangebote wahrgenommen haben, inwieweit an den Hochschulen und Ausbildungsstätten Beratungsangebote laufen, die speziell Frauen bei der Unternehmensgründung unterstützen und sie dazu ermutigen, und in welchen Branchen Frauengründungen vor allem erfolgen. Ferner soll über die Entwicklung von Schülerfirmen, einschlägige Aktivitäten von Schulen und Wirtschaft über den Frauenanteil an sogenannten Ich-AGs berichtet werden.

### **Situation der Bienenhaltung in Bayern**

Wir haben die Staatsregierung **in einem Antrag** aufgefordert, über die aktuelle gesundheitliche Entwicklung der Bienenvölker, die Ergebnisse der durchgeführten Monitoring-Programme

und über die Konzepte auf EU-Ebene und in Bayern zur Sicherung des Bienenvölkerbestands und der Bienenweide **zu berichten**.

## **Antrag**

des Abgeordneten **Bernhard Seidenath CSU**

### **Gedanken des „Landesprogramms für die gute gesunde Schule Bayern“ in den Schulen noch besser verankern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu prüfen und im ersten Halbjahr 2011 dem Landtag einen Bericht darüber zu geben, ob die regelmäßig durchgeführte externe Evaluation der Schulen in Bayern künftig neben fachbezogener Wissensvermittlung auch Fragen zur Vermittlung von Lebenskompetenzen, zur Gesundheitsförderung und zur Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler aufgreifen kann, um die Gedanken des „Landesprogramms für die gute gesunde Schule Bayern“ in den Schulen noch besser zu verankern.

#### **Begründung:**

Die Erziehungsverantwortung liegt grundsätzlich und zuvorderst in den Händen der Eltern. Die Familie ist der Ort, in dem die Persönlichkeit eines jungen Menschen reifen muss und in dem ihm die Kompetenzen zur selbständigen, verantwortungsvollen und gesunden Lebensführung vermittelt werden. Wir können allerdings nicht die Augen davor verschließen, dass sich die Familienstrukturen ändern. Familienbünde werden lockerer, die gemeinsame Zeit von Eltern mit Kindern nimmt – auch aufgrund der Erwerbstätigkeit beider Elternteile – ab. Die Schulen gelangen auf diese Weise mehr und mehr in die Rolle, nicht mehr nur und ausschließlich Wissen zu vermitteln, sondern auch die Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung zu unterstützen. Art. 1 des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes normiert deshalb folgerichtig und zu Recht, dass die Schulen „Wissen und Können vermitteln sowie Geist und Körper, Herz und Charakter bilden“ sollen. Grundkenntnisse in gesunder und verantwortungsvoller Lebensführung – etwa Ernährung, Zubereitung gesunder Mahlzeiten, ausreichend Bewegung, Hygiene, Zeitmanagement, verantwortlicher Umgang mit Geld und modernen Medien – auch und gerade in Schulen zu vermitteln, wird deshalb immer wichtiger. Sehr verdienstvoll bei der Vermittlung von Lebenskompetenzen an der Schule wirkt seit 2008 das „Landesprogramm für die gute gesunde Schule Bayern“, das sowohl den Sachverhalt als auch die aus ihm zu ziehenden Konsequenzen korrekt erfasst hat und konsequent angeht. Um die Gedanken des Landesprogramms stärker auch in den Schulen zu verankern, die sich bisher nicht an ihm beteiligen, muss die regelmäßig durchgeführte externe Evaluation der Schulen in Bayern auch auf die Bereiche der Persönlichkeitsentwicklung und der Vermittlung von Lebenskompetenzen ausgeweitet werden.



## **Energiepolitische Leitlinien der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag**

**Unser beschleunigter Weg  
zum Energieumstieg:**

**e-Bavaria macht Bayerns Zukunft  
energieeffizient, erneuerbar und elektromobil**

**18. Mai 2011**

## **I. Unsere Leitlinien für eine sichere und zukunftsfähige Energieversorgung: intelligenter Umstieg in Bayern**

Die nachhaltige Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Energie war und ist Grundstock wirtschaftlichen Wachstums, sicherer Arbeitsplätze und individuellen Wohlstands. Der wirtschaftliche Aufstieg Bayerns von einem Agrarland zum Standort für international renommierte Firmen und weltweit beachtete Forschungs- und Entwicklungsleistungen ist historisch eng verknüpft mit einer sicheren, umweltfreundlichen, leistungsfähigen und bezahlbaren Energieversorgung, zu der die Kernenergie einen wesentlichen Beitrag geleistet und die Bayern zum Spitzenreiter im Klimaschutz gemacht hat.

Nach dem Unglück von Tschernobyl haben wir auf einen weiteren Ausbau der Kernenergie verzichtet, verschärfte Sicherheitsanforderungen für Kernkraftwerke eingeführt und verstärkt auf erneuerbare Energien gesetzt. Der durch eine ungeheure Naturkatastrophe, die unzureichende Risikovorsorge und mangelndes Krisenmanagement verursachte neuerliche Reaktorunfall am 11. März 2011 in Fukushima hat die Einstellungen zur Kernkraft weiter verändert. Die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung haben mit dem Moratorium und dem Abschalten der alten Meiler in Deutschland auf die dramatischen Ereignisse in Japan rasch und verantwortungsbewusst reagiert. Für die Sicherheit und die sich aus den Erkenntnissen aus Japan ergebenden Nachrüstungsanforderungen an bestehende Kernkraftwerke kann es keine Kompromisse geben.

Die Zeit des Moratoriums muss nun genutzt werden – ohne Hektik und mit Augenmaß –, die richtigen Schlüsse aus Japan für die zukünftige Energiepolitik in Bayern, Deutschland und Europa zu ziehen. Klar ist: Der Umstieg auf erneuerbare Energien soll deutlich schneller als heute gesetzlich geregelt erfolgen. Dabei müssen wir die Fragen beantworten, wie eine realistische, aber eben auch sichere, klima- und umweltverträgliche sowie bezahlbare Energieversorgung der Zukunft aussehen und in welchen Zeiträumen sie realisiert werden kann.

Bayern soll in Zukunft das Land mit der höchsten Energieeffizienz und der saubersten Energieversorgung sein und damit an der Spitze des technischen Fortschritts auf dem Weltmarkt für Energie- und Umwelttechnologien stehen. Unser Land soll mit diesen Innovationen dazu beitragen, dass es weltweit ein Mehr an Energiesicherheit und eine weltweit klimaverträgliche Energieproduktion geben wird. Und Bayern soll den Umstieg nutzen, um Innovationsvorreiter bei den erneuerbaren Energie zu werden.

In Bayern wollen wir auch in Zukunft eine sichere Energiegewinnung und -versorgung, bezahlbare Preise und eine klimafreundliche Energie. Diese Ziele sind unsere Leitlinien für den zukünftigen energiepolitischen Kurs in Bayern.

- 1. Ziele:** Wir wollen gleichberechtigt folgende Ziele verfolgen: Umstieg von nuklearen und fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien, Versorgungssicherheit, Klimaschutz, Bezahlbarkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitsplatzsicherheit und Unabhängigkeit von Energieimporten. Dies gilt für den Strombereich ebenso wie für die eingesetzte Primärenergie in den Bereichen Mobilität, Gebäude und Industrie.
- 2. Dynamischer Umstieg mit Revisionsklausel:** Wir wollen die Kernenergienutzung so schnell wie vernünftigerweise möglich beenden. Vernünftig heißt für uns, dass der Ausstieg aus der Kernkraft mit dem Umstieg synchronisiert ist und die bayerischen Interessen gewahrt werden. Wir treten für einen dynamischen Umstieg in einem Zeitab-

schnitt ein, der für Bayern 2011 beginnt und bei dem fortlaufend evaluiert wird, wann Kernkraftwerke unter den folgenden definierten Kriterien vom Netz gehen können:

1. Senkung des Energieverbrauchs durch Energiesparen
2. Steigerung der Effizienz in der Energieerzeugung und bei der Energienutzung
3. Beschleunigter Ausbau von erneuerbaren Energien
4. Entwicklung und deutlicher Ausbau von Energiespeichern
5. Zügiger Ausbau von leistungsfähigen und intelligenten Übertragungs- und Verteilnetzen
6. Einhaltung des gültigen Klimaschutzpfades zur CO<sub>2</sub>-Verringerung
7. Keine Substituierung durch Atom- und Kohlestromimporte
8. Keine Substituierung durch fossile Altkraftwerke
9. Keine wettbewerbsverzerrende Abweichung der Strompreise von den Nachbarstaaten
10. Verfügbarkeit der Stromversorgung zu praktisch 100 Prozent, d.h. Sicherheit vor Blackouts in der Energieversorgung

Die Geschwindigkeit des Umstiegs hängt davon ab, wie schnell die beschriebenen Ziele erreicht und die bestehenden Hürden beseitigt werden und jeder in Staat, Wirtschaft und Wissenschaft sowie im Privaten die Bürgerinnen und Bürger ihren Beitrag leisten. Wir richten unsere Politik darauf aus, dass der Umstieg in Bayern schnellstmöglich gelingt und bis spätestens 2022 abgeschlossen sein soll. Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel.

Unabhängig vom Umstieg stellt sich die Frage der Endlagerung abgebrannter Brennelemente. Deshalb muss die Erkundung des möglichen Endlagers Gorleben zügig abgeschlossen werden, bevor weitere Standorterkundungen vorgenommen werden.

- 3. Energiepolitischer Dreiklang:** Energie sparen, Energie effizient und erneuerbar erzeugen sowie intelligent und verlässlich ans Netz bringen ist für uns die Formel der Zukunft. Wir wollen dazu die nötigen Anreize schaffen – durch ein modernisiertes EEG (Innovationsbonus, Eigenbedarfsbonus, Speicherbonus) sowie ein umfassendes Energiesparprogramm.
- 4. Erneuerbar, transportierbar und speicherbar – dezentral und zentral:** Erneuerbare Energien, Speicherung und Netzausbau gehören untrennbar zusammen. Nur mit einem raschen Ausbau der dezentralen und auch der großtechnischen Speicherung sowie einem intelligenten Netz können die erneuerbaren Energien effizient und verlässlich genutzt werden. Hocheffiziente Gas-Blockheizkraftwerke können in Ergänzung der Erneuerbaren dezentral einen wichtigen Beitrag zur Strom- und Wärmeproduktion leisten und bieten zudem die Perspektive, erneuerbar erzeugtes Biomethan künftig als Energieträger zu verwenden. Wir wollen die künftige Energieversorgung in einem bedarfsgerechten und ausgewogenen Mix dezentral und zentral abstützen. Die Aktivitäten in der Fläche sollen zielgerichtet durch Anreize auf kommunaler Ebene angeregt werden.
- 5. Fortschritt:** Wir wollen uns beim Umstieg in die künftige Energieversorgung nicht nur auf die heute verfügbaren Technologien verlassen. Wir setzen vor allem bei der Energiespeicherung und bei der Energieeffizienz auf den technischen Fortschritt, den wir mit gezielten Forschungsprogrammen und einem technologieoffenen Innovationsbonus im EEG befördern wollen.

- 6. Zielkonflikte:** Wir wollen die erneuerbaren Energien konsequent vorantreiben und setzen uns deshalb dafür ein, dass die bestehenden Zielkonflikte mehr zu Gunsten einer Nutzung der Energiepotenziale aufgelöst werden. Das landes- und regionalplanerische Instrumentarium soll deshalb u.a. mit Vorrang- und Vorbehaltsgebieten aber auch Ausschlussgebieten dazu genutzt werden, Zielkonflikte aufzulösen und Barrieren zu beseitigen.
- 7. Kosten und Finanzierung:** Der Umstieg in das postfossile und postnukleare Zeitalter wird Milliardeninvestitionen erforderlich machen. Wir wollen diesen Umstieg möglichst kosteneffizient gestalten, das heißt ohne weitere Brücke und ohne voreiliges Investieren in (noch) unausgereifte und teure Technologien. Für die erheblichen Investitionen muss in erster Linie privates Kapital – beispielsweise auch durch Erzeugungsgenossenschaften – mobilisiert werden. Dabei ist der Staat gefordert, finanzielle Anreize zu setzen. Die Länder und vor allem der Bund sind zudem in der Pflicht, geeignete Marktanzreizprogramme (z.B. Abschreibungsmodelle bei Sanierungen und Energieeffizienz Kredite) aufzulegen.
- 8. Bürgerbeteiligung und Verfahrenseffizienz:** Der Umstieg kann nur gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen. Wir wollen deshalb Akzeptanz, Verständnis und auch neue Planungs- und Mediationsverfahren zur Durchsetzung der notwendigen Maßnahmen vorantreiben, um möglichst rasch neue Energietechnologien in Bayern verwirklichen zu können. Dazu gehören aber auch eine verbesserte Verfahrenseffizienz und schlankere Entscheidungsverfahren.
- 9. Bayerische Perspektive:** Energiepolitik war, ist und bleibt für Bayern als Industrie- und Hightechland die entscheidende Standort- und Wohlstandsfrage. Wir wollen keine ideologisch motivierten Alleingänge; wir setzen uns an die Spitze des Fortschritts: Wir machen Bayern zu e-Bavaria, zum Vorreiter für Zukunftstechnologien im Energie- und Mobilitätsbereich. Wir sind aber auch darauf angewiesen, dass die Bedingungen für den Umstieg in Deutschland die besonderen Interessen und Gegebenheiten für Bayern ausreichend berücksichtigt. Bei der Schaffung von neuen Entscheidungsstrukturen ist – angesichts verschiedener Überlegungen auf Bundes- und Landesebene – ferner darauf zu achten, dass die maßgeblichen Entscheidungskompetenzen der Länder in diesem Bereich gesichert bleiben und zusätzlich gestärkt werden.
- 10. Europäischer Kontext:** Die Energiepolitik muss grundsätzlich in nationaler Verantwortung bleiben. Die EU muss aber im Bereich der Kernkraftsicherheit für die höchstmöglichen Sicherheitsstandards in allen EU-Ländern sorgen. Die deutsche Energiepolitik muss die Regeln des EU-Binnenmarkts beachten, dem sich auch die Energiewirtschaft stellen muss. Das europäische Beihilferecht soll den Mitgliedstaaten einen größeren Freiraum beim Umstieg in erneuerbare Energien geben. Zudem muss die EU ein internationales Klimaschutzabkommen in Verbindung mit einem globalen Emissionshandelssystem durchsetzen, das für vergleichbare Wettbewerbsbedingungen sorgt.



## **II. Unser beschleunigter Weg zum Energieumstieg: e-Bavaria macht Bayern energieeffizient, erneuerbar und elektromobil**

Der Umstieg von einer fossilen und nuklearen Energieversorgung ist eine Herkulesaufgabe, die Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft gleichermaßen beschäftigen wird. Viele Einzelentscheidungen und Maßnahmen werden diesen Umstieg begleiten müssen. Einige davon müssen bereits heute vorgesehen werden, damit Bayern möglichst frühzeitig und erfolgreich von nuklearen und fossilen auf erneuerbare Energien umsteigen kann. Wir wollen deshalb möglichst rasch ein schlagkräftiges Programm für Bayerns Weg in die erneuerbare, effiziente und elektromobile Energiewelt der Zukunft umsetzen: e-Bavaria.

**Wir machen Bayern zu e-Bavaria** und lösen damit den Dissens zwischen Ökonomie und Ökologie auf. Dies ist die Schlüsselantwort für eine sichere, lebenswerte und gute Zukunft. Mit e-Bavaria gehen wir einen bayerischen Weg, machen wir Bayern erneuerbar, energieeffizient, energieautonom und elektromobil.

- **e-Bavaria ist ein Konjunkturprogramm für Bayern.**
- **e-Bavaria schafft klare Verantwortung und bündelt Kompetenzen.**
- **e-Bavaria gibt den erneuerbaren Energien Vorfahrt.**
- **e-Bavaria rollt das Energienetz der Zukunft aus.**
- **e-Bavaria entwickelt Bayern zum Energiespeicher.**
- **e-Bavaria motiviert zum Energiesparen und zur Energieeffizienz.**
- **e-Bavaria macht Bayern elektromobil.**
- **e-Bavaria fördert Innovationen und strategisch bedeutsame Projekte.**
- **e-Bavaria setzt auf dezentrales Engagement in den Kommunen.**
- **e-Bavaria geht neue Wege bei der Bürgerbeteiligung.**

## 1. e-Bavaria ist ein Konjunkturprogramm für Bayern:

Für Forschung und Entwicklung sowie für die nötigen Investitionen und Investitionsanreize zum Umstieg müssen Bund und Land erhebliche Finanzmittel in Milliardenhöhe zur Verfügung stellen. Daraus sollen – zusammen mit EU-Mitteln sowie privatem Kapital – folgende Schwerpunkte finanziert werden:

- **Energieforschungsverbund Bayern:** Zusätzlich zu den bestehenden Forschungs- und Förderprogrammen soll die Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung im Bereich von Speichertechnologien, im Bereich von umweltfreundlicher Mobilität sowie zur Steigerung von Effizienz und Senkung von Kosten im Bereich von erneuerbarer Energieerzeugung und -nutzung allgemein gestärkt und die Hochschulen zu einem „Energieforschungsverbund Bayern“ vernetzt werden. Wir wollen gerade hier auch stärkere Anreize für Kofinanzierungen zwischen Wirtschaft und Staat setzen und bestehende Kooperationen ausbauen. Die finanzielle Antragsprüfung für Forschungsvorhaben in Bezug auf Energieprojekte soll deutlich beschleunigt werden.
- **Förderprogramm Bayern:** Für Unternehmen, Kommunen und Bürger sollen zusätzlich zu den Programmen auf Bundesebene Marktanreize geschaffen werden, die „von unten“ zum schnellen Umstieg motivieren – von der steuerlichen Unterstützung von Effizienz- und Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebereich bis hin zur Einführung von Elektrofahrzeugen.
- **Modell- und Pilotvorhaben für Bayern als Leitanbieter und Leitmarkt:** Das flächenmäßige Ausrollen von neuen Technologien in größerem Rahmen erfordert Anschubfinanzierungen, bis sich entsprechende Geschäftsmodelle und günstigere Kostenkurven herausgebildet haben; dies gilt insbesondere für den Umbau des Energienetzes zu einem „Smart Grid“ sowie für die rasche Einführung der Elektromobilität.

## 2. e-Bavaria schafft klare Verantwortung und bündelt Kompetenzen:

Für eine rasche Umsetzung der Maßnahmen ist es notwendig, alle Kräfte zusammenzuspannen und zur Zielerreichung die Aktivitäten zentral zu koordinieren:

- **Koordinierung im Ministerrat durch einen Kabinettsausschuss Energie:** Die Steuerung der Maßnahmen zum Umstieg erfordert ein koordiniertes Vorgehen in der Staatsregierung zwischen allen betroffenen Häusern.
- **Jährlicher Energiebericht des Ministerrats zur Evaluierung:** Die für eine umfassende Energiepolitik zuständigen Staatsministerien legen dem Kabinett gemeinsam jährlich einen Energiebericht vor, um Maßnahmen zu koordinieren und Fortschritte zu evaluieren und für unbürokratischen Verwaltungsvollzug zu sorgen.
- **Wissenschaftliche Begleitung durch Energiecampus Nürnberg:** Der Energiecampus soll die Bayerische Staatsregierung beim Umstieg und v.a. bei der Implementierung der einzelnen Maßnahmen wissenschaftlich begleiten.
- **Energiepakt Bayern:** Der Energiepakt Bayern soll Wirtschaft, Energieversorger, Wissenschaft, Kommunen und weitere gesellschaftliche Akteure zusammenbringen. Unter der Einbeziehung der Energieagenturen sollen bestehende Projekte – wo sinnvoll – vernetzt und abgestimmt werden. Auch Maßnahmen insbesondere im Hinblick

auf eine verbesserte Energieeffizienz sollen miteinander koordiniert und intensiviert werden.

- **Energienetzwerk als Anlaufstelle für Bürger:** Die Regierungen, Kommunen und Energieagenturen sollen erste Anlaufstellen für Bürgerinnen und Bürger sein. Hier sollen sie für ihre Anliegen, Projekte und ihr Informationsbedürfnis erste Ansprechpartner und Verwaltungslösungen aus einer Hand erhalten.

### 3. e-Bavaria gibt den erneuerbaren Energien Vorfahrt:

Die erneuerbaren Energien sollen in Bayern zügig ausgebaut werden. Als erster Zwischenschritt sollen bis 2020 über die Hälfte des bayerischen Stroms aus erneuerbaren Energien stammen.

- **Verankerung der erneuerbaren Energien in der Landesplanung:** Wir werden den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien bei der Reform der bayerischen Landesplanung als herausgehobenes Ziel verankern. Wir werden außerdem darauf drängen, dass der verstärkte Ausbau der regenerativen Energien auf Bundesebene in allen betreffenden Gesetzen explizit aufgenommen wird, zum Beispiel im Energiewirtschaftsgesetz, im Naturschutzgesetz, im Baugesetzbuch oder im Wasserhaushaltsgesetz.
- **Systemverantwortung für die Erneuerbaren:** Im Ausmaß, wie die erneuerbaren Energien die bisherige Grundlastversorgung ersetzen, müssen sie auch einen Beitrag zur Netzstabilität und Versorgungssicherheit leisten. Wir wollen deshalb Direktvermarktung ermöglichen und ein optionales Marktprämienmodell zügig umsetzen.
- **Interkommunale Energiezusammenarbeit:** Wir fördern eine verbesserte Zusammenarbeit von Kommunen im Rahmen einer umfassenden Energieleitplanung, um bestgeeignete Standorte orts- bzw. gebietsübergreifend festzulegen und eine individuelle Gewerbesteueraufteilung mit bis zu 100 % für die Standortgemeinden vereinbaren zu können. Der Energieatlas Bayern gibt für die Sinnhaftigkeit der interkommunalen Zusammenarbeit gute Anhaltspunkte.
- **Vorrangflächen für Windkraft und Bürgerbeteiligungsmodelle:** Wir wollen, dass die Windkraft in Bayern vermehrt ausgebaut wird. 2020 soll ein Zehntel des bayerischen Stroms aus Windenergie produziert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir heute folgende Maßnahmen auf den Weg bringen:
  - **Flächenvorrang:** Wir wollen ein Prozent der Fläche Bayerns als Vorranggebiet für die Nutzung der Windenergie ausweisen; im Umkehrschluss sind auch Ausschlussgebiete aus Gründen des Landschaftsschutzes möglich. Wir werden die bayerischen Kommunen auffordern zu ermitteln, wo in ihrem Gemeindegebiet jeweils die besten Voraussetzungen für Windkraftanlagen gegeben sind. Wenn dabei objektiv keine Anwohner beeinträchtigt werden und keine schädlichen Auswirkungen auf Natur und Umwelt zu erwarten sind, sollen entsprechende Vorrang-, Vorbehalts- und Konzentrationsflächen festgelegt werden. Landschaftsschutzgebiete und Naturparke sollen nicht pauschal als Standort für Windkraftanlagen ausgeschlossen werden. Ein Ziel sollte sein, Windkraftanlagen an bereits vorbelasteten Standorten, etwa in der Nähe von Autobahnen, zu platzieren. Dafür sollen die bisherigen Entfernungsregelungen (Abstand zu Autobahnen und vorbelasteten Gebieten) überprüft werden.

- **Standorte:** Wir wollen in Bayern neue Windkraftanlagen vornehmlich in Windparks konzentriert an einzelnen Standorten schaffen und vermehrt Windkraftstandorte im bayerischen Staatsforst ausweisen. Wir wollen dabei Betroffene zu Beteiligten machen und die Bürger ermuntern, sich an lokalen Projekten zu beteiligen.
- **Attraktivitätssteigerung:** Windkraft in Bayern muss auch von der Einspeisevergütung her rentabel sein und darf gegenüber Offshore-Windkraftanlagen hinsichtlich Vergütung wie auch Anschlusskosten nicht benachteiligt sein. Der Bau von Windkraftanlagen soll zudem nicht durch unnötige Kosten erschwert sein; Genehmigungskosten sollen gesenkt und vorgeschriebene Ausgleichsmaßnahmen reduziert werden.
- **Windzentrum:** Wir wollen ein bayerisches Windzentrum mit Windpark-, Produktions- und Forschungseinrichtungen errichten.
- **Geeignete Standorte und passgenaue Förderung für Photovoltaik:** Der Anteil der Photovoltaik an der Stromerzeugung soll bis 2020 auf 16 Prozent ausgebaut werden. Dafür wollen wir folgende Maßnahmen auf den Weg bringen:
  - **Freiflächen:** Die Nutzung von Photovoltaik auf landwirtschaftlichen Flächen muss wieder in die EEG-Förderung aufgenommen werden. Gerade ertragsarme landwirtschaftliche Acker- sowie Grünlandflächen – u.a. auch in Wasserschutzgebieten – könnten für Photovoltaikanlagen genutzt werden und würden sogar eine ökologische Aufwertung mit großer Artenvielfalt in Flora und Fauna erfahren. Entsprechend benötigen Photovoltaikanlagen keine zusätzlichen Ausgleichsflächen, da die Fläche ohnehin extensiviert wird. Eine degressive Förderung je nach Anlagengröße vermeidet dabei übergroße Anlagen, die das Landschaftsbild negativ verändern.
  - **Bevorzugte Standorte:** Wir wollen, dass Konversions- und alte Industrieflächen verstärkt als Standorte für moderne Photovoltaikanlagen genutzt werden, ebenso wie Gewerbedächer und Parkplätze, Brachflächen an Verkehrswegen und Lärmschutzverbauungen. Eine rasche Erschließung könnte durch die Erfassung aller geeigneten Standorte und die Veröffentlichung im Energieatlas Bayern gefördert werden. Wichtig für den weiteren Ausbau der Photovoltaik ist eine Lockerung des Anbindungsgebots in der kommunalen Planungshoheit.
- **Ökoprogramm Wasserkraft:** Neben der Photovoltaik und der Windkraft muss in Bayern auch die Wasserkraft noch besser genutzt und auf 17 % Anteil an der Stromproduktion erhöht werden:
  - **Effizienzsteigerungen:** Gerade durch den Einsatz von neuen Turbinen- und Kraftwerksentwicklungen (Fließgewässerkraftwerke, Schachtwasserkraftwerke) können bestehende Kraftwerke in ihrem Wirkungsgrad verbessert und neue Kraftwerksprojekte auf den Weg gebracht werden, ohne gleichzeitig zu stark in die Umwelt einzugreifen. Diese neuen Wasserkraftkonzepte wollen wir gerade durch Pilotprojekte in Bayern fördern und verwirklichen.
  - **Neue Potenziale:** Wir wollen ungenutzte Potenziale an vorhandenen Querverbauungen nutzen und Altanlagen reaktivieren. Der Ausbau soll besonders gefördert werden, wenn eine ökologische Modernisierung (Durchgängigmachung) erfolgt. Zudem wollen wir neue, naturverträgliche Anlagen an Lech und Salzach zulassen.

- **Flexible Biomasse:** Wir setzen in Bayern auf Biomasse. Nach der Wasserkraft ist Biomasse der wichtigste erneuerbare Energieträger im Freistaat, der zudem immer verfügbar ist. Sie deckt derzeit rund 8,5 Prozent des bayerischen Strombedarfs. Unser Ziel ist eine weitere Steigerung des Anteils auf 10 Prozent der Stromerzeugung:
  - **Beitrag zur Grundlastfähigkeit der Erneuerbaren:** Wir wollen die Möglichkeiten der Regelbarkeit und deshalb der Gasspeicherung ausbauen, um Biogasanlagen nicht mehr im Grundlastbetrieb fahren zu müssen, sondern bei Bedarf Strom erzeugen zu können (Regelenergie). Auch die Einbindung von Biomasseanlagen in örtliche virtuelle Kraftwerke soll verwirklicht werden. So soll die Biogasanlage mit örtlichen Windkraft- und Photovoltaikanlagen „kommunizieren“. Biogasanlagen können dann die schwankende Energiebereitstellung von Wind- und Solarenergie teilweise ausgleichen. Dazu sind auch entsprechende Anreize im EEG zu schaffen.
  - **Effizienzverbesserung:** Neben der allgemeinen Effizienzsteigerung der Anlagen wollen wir die Forschung zur Einspeisung von Gas aus kleineren Anlagen intensivieren. Zudem soll die Förderung auf eine stärkere Wärmenutzung ausgerichtet werden. Bei der Vergärung von Reststoffen (z. B. reinem Gülleeinsatz) sollte die Wärmenutzung nicht zwingend vorgeschrieben sein.
  - **Anpassung der Förderung:** Wir werden bei der Novellierung des EEG die Rahmenbedingungen richtig setzen und die Kumulierungsmöglichkeit von NaWaRo- und Güllebonus abschaffen. Wir wollen Anreize zugunsten von kleinen Biogasanlagen (<50 kW) schaffen. Große Anlagen über 1000 kW benötigen erhebliche Transportkapazitäten. Sie finden zudem weniger Akzeptanz in der Bevölkerung und belasten die lokale Infrastruktur enorm. Wir wollen keine Begrenzung der Einsatzstoffe Mais und Getreidekorn auf 60 Prozent. Gerade energieeffiziente Pflanzen (z.B. Mais) werden dadurch zurückgedrängt, mit der Folge die Flächenkonkurrenz weiter zu verschärfen. Unabhängig davon wollen wir aber die Fruchtfolge auch mit neuen, energiereichen Pflanzenkombinationen bereichern.
- **Geothermie:** Wir wollen vermehrt Strom aus Geothermie erzeugen, sehen den Beitrag zur Wärmeerzeugung aber als vorrangig an und möchten diesen deutlich von derzeit rund 0,1 Prozent bis 2020 auf 2 Prozent an der Wärmeerzeugung erhöhen.

#### 4. e-Bavaria rollt das Energienetz der Zukunft aus:

Für den Umstieg auf erneuerbare Energien müssen wir die Netzkapazitäten vergrößern und neu strukturieren, vom Höchstspannungsnetz bis zum Verteilnetz. Wir werden in enger Abstimmung mit den Netzbetreibern und unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger diesen Netzbau bis 2012 planen und in den folgenden Jahren sukzessive verwirklichen.

- **Strategische Energiesystemplanung und Masterplan Netzbau:** Der Umbau der Energieversorgung setzt an vielen Punkten an und muss verschiedenste Parameter berücksichtigen, von Maßnahmen zur Netzstabilität bis hin zur Frage der notwendigen Kapazitätsreserven. Es ist zwingend erforderlich, sämtliche Einzelmaßnahmen im Rahmen einer strategischen Energiesystemplanung zu koordinieren. Die Staatsregierung ist aufgefordert, zusammen mit den Netzbetreibern einen Masterplan „Netzbau Bayern“ zu erarbeiten. Dieser soll nicht nur dem Landtag vorge-

legt, sondern auch Diskussionsgrundlage für Gespräche mit der Wirtschaft und den betroffenen Kommunen sein.

- **Klare Anreizregulierung für Netzausbau und -innovationen:** Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass bei der Regulierung der Netze und der Festlegung der Netzentgelte Investitions- und Innovationsleistungen stärker als bisher berücksichtigt werden. Ziel ist eine klare Anreizregulierung ohne bremsende Beschränkungen durch sogenannte „Photojahre“, auf deren Basis die Entgelte für die kommenden Jahre eingefroren sind und so Investitionen verhindern.
- **Beschleunigungsprogramm für Ausbau des Höchstspannungsnetzes:** Für den Ausbau der nach der DENA-Netzstudie II erforderlichen 3.600 km an zusätzlichen Höchstspannungstrassen sind die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Aufgrund des gewaltigen Investitionsvolumens dieses Netzausbaus dürfen wir uns keine Parallelstrukturen leisten. Deshalb muss insbesondere das bestehende 7.800 km lange Stromnetz der Bahn in den Netzausbau integriert werden.
- **Virtuelles Kraftwerk Bayern:** Wir wollen für Bayern ein virtuelles Kraftwerk bis 2013 verwirklichen, um das Erzeugermanagement von Einspeisern zu ermöglichen und die Praxistauglichkeit zu optimieren. Ziel ist, dass in einem virtuellen Kraftwerk verschiedene fluktuierende Energieerzeuger zusammengeschaltet werden und damit ein nun stärker belastetes Stromnetz stabilisieren. In einem weiteren Schritt ist die Erweiterung des virtuellen Kraftwerks Bayern um ein Hybrid-Kraftwerk geplant, das Strom auch speichern und bedarfsgerecht wieder einspeisen kann.
- **Flächendeckendes Smart Grid in Bayern:** Die Versorgungssicherheit Bayerns hängt in Zukunft entscheidend vom Funktionieren eines flexibel steuerbaren Stromnetzes (Smart Grid) ab. Dafür müssen wir aber auf Bundes- und Landesebene die Voraussetzungen für intelligente Netze verwirklichen. Unser Ziel ist es, Stromerzeugung, Speicherung und Verbrauch durch die Verbindung von Stromübertragungs- und Informationstechnologie effizient zu verbinden. Bayern soll das erste Land mit einem flächendeckenden Smart Grid werden. Die Staatsregierung soll dazu mit den Netzbetreibern und Versorgern eine entsprechende Vereinbarung treffen.
- **Smart Meter für alle bayerischen Haushalte:** Auf Basis von Vereinbarungen mit den Energieversorgern wollen wir parallel zum Aufbau eines Smart Grid bis 2015 die meisten Haushalte mit intelligenten Stromzählern („Smart Meter“) ausstatten. So lässt sich der Energieverbrauch transparent machen, Möglichkeiten zum Energiesparen identifizieren und das Verbrauchsmanagement (Lastmanagement) durch flexible Tarife mit entsprechenden Preissignalen optimieren.
- **Smart Cities in Bayern:** Wir wollen, dass das EU-Programm „Smart Cities“ um intelligente Energiesparmaßnahmen erweitert wird, bis das Programm 2012 startet. Neben digitalen, wissenschaftlichen und sozialen Innovationen werden gerade intelligente Energiekonzepte die Lebensqualität und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Städte im weltweiten Vergleich bestimmen. Die Bayerische Staatsregierung soll die bayerischen Kommunen bei der Bewerbung um entsprechende Fördergelder aktiv unterstützen.

## 5. e-Bavaria entwickelt Bayern zum Energiespeicher:

Bayern soll Vorreiter für Speichertechnologien werden. Erneuerbare Energie können nur dann bedarfsgerecht Strom liefern, wenn sie speicherbar ist. Dafür müssen wir nicht nur,

wie bereits im Zukunftskonzept der CSU-Fraktion und im Haushalt des Aufbruchs angelegt, die Forschung intensivieren, sondern gerade auch konkrete Maßnahmen ergreifen, um Energie kurz- mittel- und langfristig speichern zu können:

- **Zukunftsfähige Speicherkonzepte für Bayern:** Wir müssen bei der Speicherung neue Wege gehen und dabei möglichst vorhandene Infrastrukturen und Erfahrungen nutzen. Bayern hat ein exzellentes Erdgasnetz, seine Firmen verfügen gleichzeitig über umfangreiche Erfahrungen in der Wasserstoffwirtschaft.
  - **Verknüpfung von Strom- und Gasnetzen durch Ökogas-Initiative:** Wir halten es in Bayern für zukunftsträchtig, überschüssigen Strom in Gas umzuwandeln und ihn zu gegebener Zeit wieder in Strom zu reaktivieren. Wir wollen, dass in Bayern dazu kurzfristig ein Großprojekt „Ökogas“ für die Herstellung von Wasserstoff aus Erzeugungsüberschüssen der Erneuerbaren pilotiert wird, bei dem in einem weiteren Schritt synthetisches Erdgas über Methanisierung erzeugt wird. Kurzfristig kann damit die tageweise Speicherung der Erneuerbaren sichergestellt werden. Für die Zukunft bietet diese Technik einen erfolgversprechenden Ansatz für auch längerfristige Speicherung, da das synthetisch hergestellte Erdgas in den Erdgasspeicherkavernen Bayerns und Deutschlands gespeichert werden kann.
  - **Pufferung durch Heizen und Mobilität:** Wir setzen uns für eine zunehmende Elektrifizierung weiterer Bereiche ein, insbesondere in den Bereichen Mobilität (als Elektromobilität) und Heizen (mittels Wärmepumpen). Erzeugungsspitzen der erneuerbaren Energien lassen sich hier gut wegpuffern. Gerade eine Flotte von Elektrofahrzeugen taugt auch als vorübergehender Stromspeicher.
  - **Speicherflüssigkeiten statt Öl, Gas und Kohle:** Wir werden den Energiecampus Nürnberg fördern, energietragende Stoffe zu entwickeln. Diese quasi nachwachsenden Speicherflüssigkeiten wie bspw. LOHC oder N-Ethyl-Carbazol können in Zukunft die fossilen, endlichen Energiespeicher Öl, Gas und Kohle ablösen. Bayern soll ein weltweites Kompetenzzentrum für zukunftsweisende Speicherflüssigkeiten werden.
- **Speicherkompetenzen in Bayern:** Gerade am Energiecampus Nürnberg und an der TU München gibt es für die Entwicklung der genannten Speichereigenschaften schon hervorragende Ausgangsbedingungen. Wir werden ein Fraunhofer-Entwicklungszentrum für elektrische Speichertechnologien zusammen mit einem Kompetenzzentrum an der TU München sowie ein Kompetenzzentrum „Energietragende Stoffe“ am Energiecampus Nürnberg aufbauen. Darüber hinaus wollen wir einen international führenden Forschungsverbund Batterietechnologie schaffen.
- **Aufbau eines bayerischen Speicheratlas:** Im Rahmen des Energieatlas Bayern sollen Speicherpotenziale zunächst identifiziert und benannt werden, später dann auch ansteuerbar gemacht und in die Netzsteuerung eingebunden werden.
  - **Minutenreserve:** Wir wollen als kurzfristige Kapazitätsreserve vorhandene Speicher besser nutzen und diese als Beitrag zur Netzstabilisierung ertüchtigen. Zu denken ist dabei an Batteriespeicher an Mobilfunkbasisstationen, an Notstromaggregaten und später auch an parkende Elektrofahrzeuge.
  - **Stunden-/Tagesreserve:** Wir wollen erreichen, dass die stunden- bis tageweise Speicherung massiv ausgebaut wird. Anreize wollen wir dazu über einen Speicherbonus im EEG geben, der es attraktiv macht, Strom dezentral zu speichern.

Auch das energieautarke Haus mit stationären Speichern kann hier einen guten Beitrag leisten. Daneben setzen wir auf die großtechnische Speicherung durch Pumpspeicherkraftwerke. Wir wollen die bereits acht bestehenden Anlagen um sechs weitere Pumpspeicherkraftwerke erhöhen und mit der Maßnahme in Riedl bei Passau schnellstmöglich beginnen. Darüber hinaus sollen in Bayern systematisch Informationen über unterirdische Porenspeicherräume erfasst und ausgewertet werden. In einer bayerischen Speicherpotenzial- und -standortanalyse sollen nicht nur mögliche Pumpspeicherstandorte in Bayern aufgenommen, sondern auch die Verbreitung von Speicher- und Barrieregesteinen sowie geeignete Speicherstrukturen in Bayern dargestellt werden.

- **Langzeitreserve:** Für die Perspektive einer Langzeitspeicherung von Strom in Form von Wasserstoff, erneuerbarem Erdgas oder anderen energietragenden Stoffen sollen geeignete Speichermöglichkeiten neben den vorhandenen Erdgas speichern identifiziert und gesichert werden.
- **Gasverstromung als Kapazitätsreserve für fluktuierende erneuerbare Energien:** Wir unterstützen den Bau von modernen, hoch effizienten Gas und Dampfturbinen-Kraftwerken, um als komplementäre Kraftwerke eine möglichst rasche Grundlastfähigkeit der erneuerbaren Energien sicherzustellen und als Kapazitätsreserve zu fungieren, bis die Speichertechnologien in ausreichendem Maße Marktreife erlangt haben.

## 6. e-Bavaria motiviert zum Energiesparen und zur Energieeffizienz:

Energieeffizienz ist ein wesentlicher Bestandteil von e-Bavaria. Über 30 Prozent der eingesetzten Primärenergie fließen in die Wärmeversorgung von Gebäuden. Auch im Bereich der Wirtschaft gibt es große Effizienzpotenziale. Durch einen intelligenten Mix von regulatorischen Maßnahmen, Marktanreizen und gezielter Information wollen wir die vorhandenen Potenziale zum Energiesparen besser nutzbar machen:

- **Energiesparbörse Bayern:** Viele Einsparpotenziale sind heute nicht allgemein bekannt. Wir wollen diese versteckten Potenziale heben und richten dazu eine Energiesparbörse für Bürger, Unternehmen und öffentliche Hand ein, wo Vorschläge zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Energiesparen gemacht werden können. Wie im innerbetrieblichen Vorschlagswesen sollen Ideen, die zu einer nennenswerten Einsparung führen, entsprechend prämiert werden.
- **Prämierung des bayerischen „Energiesparers des Jahres“:** Wir wollen herausragende Leistungen von Bürgern und Unternehmen zum Energiesparen öffentlich prämiieren. Die Bayerische Staatsregierung soll dazu einen entsprechenden Preis ausloben.
- **Energiesparanreize für Bürgerinnen und Bürger:** Zum Energiesparen kann und muss jeder einen Beitrag leisten. Wir wollen dies für die Bürgerinnen und Bürger attraktiv machen:
  - **Sonderabschreibung für Maßnahmen zur Gebäudedämmung (10 x 10%):** Die energetische Sanierung privater Wohnhäuser wollen wir – alternativ zu den Möglichkeiten der KfW-Förderung – steuerlich unterstützen. Bei Wohneigentum könnten energetische Maßnahmen steuerlich auf 10 Jahre mit jeweils 10 Prozent geltend gemacht werden.



- **KfW-Gebäudesanierungsprogramm:** Der Bund soll die Mittel der KfW für das Gebäudesanierungsprogramm – als weiterhin bestehende Alternative zur steuerlichen Förderung – erhöhen und langfristig einrichten. Dabei sollen mehrere kleine Einzelmaßnahmen anstatt weniger Komplettsanierungen gefördert werden, gerade auch um eine breitere Wirkung zu erzielen. In Bayern werden wir das bestehende bayerische Modernisierungsprogramm für Eigenheime und Eigentumswohnungen für energieeffizientes Modernisieren öffnen.
- **Erbschaftssteuerbonus für Sanierungsmaßnahmen:** Wesentliche Immobilienbestände werden in den kommenden zehn Jahren vererbt. Eine Erbschaft bedeutet einen Neustart. Im Fall der Vererbung einer Immobilie soll der Erbe steuerlich entlastet werden, wenn das Gebäude energetisch saniert wird.
- **Wärmepumpen- und KWK-Programm:** Die flächendeckende Anwendung und intelligente Vernetzung von KWK-Anlagen weist erhebliche Vorteile auf und soll deshalb bevorzugt in Bayern gefördert werden. Auch die Nutzung von Wärmepotenzialen im privaten Bereich – z.B. durch oberflächennahe Geothermie, durch Solarthermie und mittels der Umgebungswärme – soll mit einem speziellen Wärmepumpen-Programm angeregt werden.
- **Energiesparanreize für Industrie und Mittelstand:** Wir setzen zur Steigerung der Energieeffizienz in der bayerischen Wirtschaft auf Information und gezielte Marktanzreize:
  - **Energietechnologieanwenderzentren (ETA):** Wir wollen die anwendungsorientierte Energieberatung für kleine und mittelständische Betriebe fördern. Energietechnologieanwenderzentren, die gemeinsam von IHK und HWK getragen werden könnten, wären in der Fläche ideale Anlaufstellen und Orte der Energieinnovation.
  - **Abschreibungen für Ökoausstattungsinvestitionen:** Wir wollen die Abschreibungssätze für Ausrüstungsinvestitionen, die zu einer günstigeren Energiebilanz führen, verbessern. Die dadurch bewirkte Beschleunigung von Neuinvestitionen wird unmittelbar die Energieeffizienz steigern.
  - **Green-Factory-Programm der LfA:** Die LfA soll ein Mittelstandskreditprogramm für mehr Energieeffizienz auflegen, um Green Factories in Bayern zu befördern. Energiesparende Produktionsverfahren und energiekostensenkende Produktionsschritte sollen damit in Bayern Wirklichkeit werden.
  - **Smart-Building-Programm:** Wir wollen der Bauwirtschaft durch das Pilotprojekt „Smart Building“ Innovationspotenziale eröffnen. Die Entwicklung des „Solarhauses“ soll energieeinsparende Potenziale für das Wohnen der Zukunft aufzeigen und gleichzeitig die heimische Bauwirtschaft stärken.
- **Vorreiterrolle des Staates bei Energieeffizienz:**
  - **Sanierungsoffensive:** Der Staat muss mit gutem Beispiel vorangehen. Wir werden ab sofort neue staatliche Verwaltungsgebäude und ausgewählte staatliche Sonderbauten auf Grundlage des Passivhausstandards bauen, die jährliche Sanierungsrate auf 3% erhöhen und das Sonderprogramm zur energetischen Sanierung staatlicher Gebäude fortsetzen.
  - **Energiespar-Contracting:** Die kürzlich gestartete Contracting-Initiative Bayern durch das Bayerische Innenministerium umfasst Energiespar-Contracting und

Energieliefer-Contracting. Sie unterstützt erfolgreich vor allem Kommunen bei der Vorfinanzierung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und soll deshalb aggressiv fortgeführt werden.

## 7. e-Bavaria macht Bayern elektromobil:

Das Autoland Bayern muss im Hinblick auf den kommenden Strukturwandel auf nachhaltige Mobilität setzen. Bayern soll – international sichtbar – Leitmarkt und Leitanbieter für Elektromobilität werden:

- **Großerprobung Elektromobilität in Metropolregionen mit Satelliten in Garmisch, Neustadt und im E-Wald:** Wir wollen die Machbarkeit von E-Mobilität nachweisen und intelligente Energiesysteme, wie bspw. Netzstabilität, Verbrauchssteuerung und Stromspeicherung verwirklichen. Deswegen wollen wir in einen international sichtbaren und deutschlandweit einzigartigen Großfeldversuch 50.-100.000 Elektrofahrzeuge einsetzen. Zudem werden wir in diesem Bereich die Forschung bspw. an der TU München und der Uni Würzburg ausbauen. Für eine nachhaltige Mobilität müssen wir die Forschungsfortschritte bei den Automaterialien der Zukunft, wie Carbonfaser- und Faserverbundtechnologien, schnell und wettbewerbsfähig zur Marktreife bringen.
- **Anreize für Markteinführung von Elektrofahrzeugen:** Wir werden uns auf kommunaler, Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, dass es attraktiv ist, ein Elektroauto anzuschaffen und zu fahren. Neben einer zehnjährigen Befreiung von der Kfz-Steuer wollen wir Vorteile im Verkehr – z. B. bevorzugte Parkplätze, Nutzung von Sonderspuren – ebenso auf den Weg bringen wie mit einem speziellen Nummernschild für die entsprechende Wahrnehmbarkeit als „umweltfreundlicher Autofahrer“ sorgen.
- **Chancen der Brennstoffzelle:** Wir wollen die Vorreiterrolle Bayerns in der Wasserstoffwirtschaft ausbauen und dazu nutzen, die Brennstoffzellentechnologie im Rahmen der Elektromobilität zur Marktreife zu bringen. Auch die Möglichkeiten zur Energiespeicherung/-pufferung sollen dabei Berücksichtigung finden.
- **Mobil mit allen Verkehrsmitteln:** Zum zweiten brauchen wir intelligente und umweltschonende Verkehrssysteme und Mobilitätskonzepte für ganz Bayern, die Individual- und öffentlichen Verkehr intermodal verzahnen. Gerade der Deutschen Bahn und dem SPNV kommen an den Umsteigeknoten besondere Bedeutung zu, auch für das Umsetzen individueller Mobilitätskonzepte durch E-Carsharing etc. Wir müssen ferner die neuen Möglichkeiten der Navigationstechnik und Telematik nutzen und für ganz Bayern entwickeln.

## 8. e-Bavaria fördert Innovationen und strategisch bedeutsame Projekte:

- **Energieforschungsverbund Bayern:** Die Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung im Bereich von Energieerzeugungstechnologien, Speicherungstechnologien und umweltfreundlicher Mobilität wollen wir stärken und sämtliche bayerische Hochschulen auf diesen Gebieten zu einem Forschungsverbund miteinander vernetzen. Die beiden Schwerpunkte werden an den bestehenden Einrichtungen in München und Nürnberg liegen, wo wir entsprechende Kompetenzzentren bilden werden.

- **Neue Forschungsschwerpunkte:** Wir wollen zusätzlich zu den genannten Schwerpunkten im Energieforschungsverbund Bayern die Forschung in den folgenden Bereichen verstärken, weil wir uns für Bayern hiervon viel versprechen:
  - **Rückbau von Kernkraftwerken:** Wir sollten aus dem Abschalten unmittelbaren Vorteil ziehen und bei Maßnahmen zum notwendigen Rückbau von Kernkraftwerken weltweit führend werden.
  - **Kosteneffizienzforschung:** Wir müssen in allen Bereichen der Erneuerbaren – in der Photovoltaik (z.B. organische Solarzellen) bis hin zur Biomasse – Möglichkeiten mit Hilfe der Forschung finden, die Kosten zu drücken und die Effizienz zu erhöhen.
  - **Energieernte:** Wir möchten die heute zum Teil noch exotisch anmutenden Energieerzeugungspotenziale des sog. „Energy Harvesting“ systematisch in Zusammenarbeit mit den bayerischen Clustern erforschen, von der Ausnutzung der Abwärme von Serverparks über den Einsatz von Mini-Windrädern bspw. an Tunnels bis hin zur Nutzung der oberflächennahen Geothermie für die Weichenheizung.
- **Forschungswettbewerb Energieexoten:** Viele Möglichkeiten zur Ausnutzung von Energiepotenzialen sind heute noch unerforscht. Wir möchten hier die Forschung mit einem Ideenwettbewerb „Energieexoten“ gezielt anregen.
- **Innovationsbonus im EEG und Förderprogramm für energetische Innovationen:** Wir müssen sicherstellen, dass aus guten Ideen auch marktfähige Produkte werden. Bei der Neuregelung des EEG soll deshalb ein Innovationsbonus eingeführt werden, beispielsweise für die gebäudeintegrierte Photovoltaik. Außerdem soll ein Förderprogramm für energetische Innovationen aufgelegt werden, um Innovationszyklen zu verkürzen, gerade für klein- und mittelständische Betriebe. Dabei soll es um die konkrete Nutzenanwendung gehen, beispielsweise um Verfahren zur Herstellung von Sekundär-Brennstoffen aus getrockneter und gepresster Biomasse oder zur Nutzung von Wärmepotenzialen im Abwasser.
- **Energiepreis Bayern:** Wie im Energiesparbereich sollten auch im Bereich der Energieerzeugung und -potenzialnutzung besonders innovative Entwicklungen durch die Bayerische Staatsregierung ausgezeichnet werden, um die nötige Aufmerksamkeit und Anerkennung dafür zu gewährleisten und den Markterfolg zu befördern.
- **Desertec plus als strategische Option für Bayern:** Bayern soll seine Technologiekompetenz bei der Weiterentwicklung und Anwendung von erneuerbaren Energien auch außerhalb Bayerns unter Beweis stellen. Dafür sind innovative Leitprojekte unerlässlich. Wir wollen, dass unter zentraler Beteiligung von bayerischen Unternehmen das Projekt „Strom aus der Wüste“ zur Marktreife fortentwickelt wird.

## 9. e-Bavaria setzt auf dezentrales Engagement in den Kommunen:

- **Lokale Energiekonzepte in Regionalen Planungsverbänden und Kommunen:** Abhängig von der Größe einer Stadt oder Gemeinde und den naturräumlichen Bedingungen stehen regional unterschiedliche Potentiale für die regenerative Energiegewinnung zur Verfügung. Durch lokale Energiekonzepte sind heimische Ressourcen zu erschließen, verbrauchernahe Strukturen aufzubauen, Abhängigkeiten zu reduzieren und Innovationen zu fördern. Intelligente Energiekonzepte entstehen oftmals durch Eigeninitiative. Um diesen Trend zu dezentralen Lösungen in Form von

energieautarken Kommunen, dezentralen Energieanlagen und innovativen Netzwerklösungen weiter zu fördern, müssen die Kommunen bei der Erstellung von Energienutzungsplänen unterstützt werden.

- **Landeswettbewerb „Energie und Elektromobilität“:** Wir werden einen Landeswettbewerb verwirklichen, in dessen Rahmen Bayerns „Energiedorf“, „Energeregion“ und „Elektromobilitätsstadt des Jahres“ anhand von ambitionierten, jährlich dynamisierten Kriterien gekürt werden.

## 10. e-Bavaria geht neue Wege bei der Bürgerbeteiligung:

Die Energiewende setzt das Engagement der Bürgerinnen und Bürger voraus. Jeder Einzelne kann in seinem Bereich einen Beitrag leisten; das geht von modernen Heizungsanlagen bis hin zu stromsparenden Haushaltsgeräten und zur Vermeidung von Standby. Überhaupt sind große politische Projekte nur mit und nicht gegen die Bürger durchzuführen. Dies gilt auch für e-Bavaria:

- **Frühzeitige Einbeziehung:** Die energiepolitischen Entscheidungen in den kommenden Monaten werden direkte Auswirkungen auf den Alltag und das Umfeld vieler Bürgerinnen und Bürger haben. Die Entscheidungen über Standorte und Anlagen in Photovoltaik, Windkraft, Biomasse, Wasserkraft sowie beim Leitungsausbau betreffen die Menschen in ihrem Wohnumfeld. Deshalb sollen gerade auch bei der Abwägung der einzelnen energiepolitischen Ziele, aber auch bei der Verwirklichung neuer Kraftwerke und Stromleitungen die Bürgerinnen Bürger frühzeitig informiert und eingebunden werden. Ziel ist eine möglichst unmittelbare und transparente Beteiligung von Betroffenen an Entscheidungsprozessen von Beginn an. Der Umstieg wird nur erfolgreich sein, wenn diese Planungen vor Ort nicht bekämpft werden.
- **Dialogforen:** Als Auftakt soll in jedem Regierungsbezirk in regionalen Bürgerversammlungen das Energiekonzept der Bayerischen Staatsregierung vor- und zur Diskussion gestellt werden. Zudem soll die Bayerische Staatsregierung die Internetplattform zum Bayerischen Energieatlas nutzen, um die Daten und Fakten, aber auch mögliche energiepolitische Szenarien in einer anschaulichen Form darzustellen.